

LR-1

AntragstellerInnen: Landesvorstand u.a.

Gegenstand: TOP 9: GRÜNE Politik für ländliche Räume in NRW

Ländliche Räume in NRW – Starke Grüne Impulsregionen!

1 Ländliche Räume in NRW – von der Eifel bis nach Ostwestfalen, vom Niederrhein bis zum
2 Siegerland, vom Münsterland bis ins Sauerland – prägen das Land mit ihrer Vielfalt und
3 ihrem Reichtum. Sie sind vielfältig nicht nur im Erscheinungsbild, sondern auch in ihrer re-
4 gionalen Charakteristik, z.B. im Hinblick auf Landschaften, Wirtschafts- und Sozialstruk-
5 turen. Diese Vielfalt macht einen beachtlichen Teil der Ausstrahlungskraft Nordrhein-
6 Westfalens aus. NRW zeichnet sich als Land zudem durch eine enge Verbindung von
7 ländlichen Räumen und Ballungsgebieten aus.

8 Etwa ein Drittel der Bevölkerung in NRW lebt in ländlich geprägten Regionen. Diese
9 Regionen sind für viele Menschen Heimat oder Heimat geworden: Sprachfärbung oder
10 Dialekte, gemeinsame Geschichte, Landschaften, Traditionen und die Wirtschaftsstruktur
11 prägen die Menschen. Es entstehen dörfliche Gemeinschaften und damit Anteilnahme an
12 ihrer Entwicklung. Diese regionale Identifikation wollen wir erhalten und ein Heimatver-
13 ständnis stärken, das Offenheit und Akzeptanz gegenüber jedem Menschen meint. Die
14 spezifische kulturelle Tradition der einzelnen Regionen ist für uns GRÜNE wichtig, dabei
15 schließen sich kulturelle Identität und Wandel nicht aus.

16 Ländliche Räume sind wirtschaftsstarke und lebenswert. Entgegen mancher Vorurteile sind
17 gerade diese Regionen nicht nur geprägt durch Wald, Natur und Landwirtschaft, sondern
18 auch durch eine hohe Industriearbeitsplatzquote und eine leistungsstarke, mittelständisch
19 ausgerichtete Wirtschaft. Aus diesen ländlichen Räumen wollen wir GRÜNE starke grüne
20 Impulsregionen für NRW machen. Dafür wollen wir wohnortnahe Arbeitsplätze sichern
21 und eine nachhaltige Infrastruktur erhalten bzw. ausbauen.

22 GRÜNE Politik für die ländlichen Räume ist nicht Beharrung im Bestehenden, sondern
23 aktive Zukunftsgestaltung vor Ort und in der Region. Wir wollen gleichwertige Lebensver-
24 hältnisse und Teilhabechancen für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Zivilgesell-
25 schaftliches Engagement, Verantwortungsbereitschaft der Wirtschaft und interkommunale
26 Zusammenarbeit gewinnen dabei immer mehr an Bedeutung – nicht zuletzt auch dort,
27 wo es gilt, Kinderbetreuungsangebote und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, neue
28 Formen von Nahmobilität und Nahversorgung, veränderte Aufgaben in Pflege und Ge-
29 sundheit, die Erschließung ländlicher Regionen mit schnellen Internetverbindungen oder

30 ihre Stärkung durch Kompetenznetzwerke von Wirtschaft und Wissenschaft zu gestal-
31 ten.

32 Wir GRÜNE treten für eine Stärkung und den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe
33 und Wertschöpfungsketten ein. Wir wollen NRW zum Ökolandbau-Land Nr. 1 machen,
34 biologische, umweltfreundliche und tiergerechte Landwirtschaft muss zum Normalfall der
35 Landwirtschaft werden. Wir wollen mit dem Erhalt des Naturerbes den regionalen sanften
36 Tourismus ausbauen und damit auch die Wirtschaftsstrukturen stärken.

37 **Starke grüne Impulsregionen entwickeln**

38 Wir GRÜNE verfolgen das Leitbild einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Um im
39 "ländlichen Raum" starke grüne Impulse zu setzen, setzen wir auf eine "Neue Förderkon-
40 zeption grüne Regionen NRW". Dafür muss insbesondere die Förderstruktur der EU weg
41 von der Gießkannen-Förderung hin zur Förderung von umfassenden Regionalprogrammen
42 umgestellt werden, mit denen die grünen Konzepte einer nachhaltigen und ökologischen
43 Entwicklung ländlicher Räume realisiert werden können.

44 Um den Auswirkungen der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum – Abwande-
45 rung junger Menschen, wachsender Anteil älterer Menschen, schlechtere Auslastung der
46 Infrastruktur – zu begegnen, bedarf es neuer Konzepte und Anreizprogramme. Selbsthil-
47 feeinrichtungen und ehrenamtliches Engagement müssen weiter gefördert werden. Boden-
48 ordnungsverfahren sind vorrangig in den Dienst der Senkung des Flächenverbrauchs und
49 der Erhöhung der Artenvielfalt zu stellen.

50 Grüne Politik für die ländlichen Räume zielt darauf ab, die Unterschiede zwischen Bal-
51 lungsräumen und ländlichen Räumen nicht nur zu akzeptieren, sondern sinnvoll zu nutzen.
52 Viele Menschen, die auf dem Land leben, wollen bewusst anders leben als in der Großstadt.
53 „Anders“ heißt aber nicht besser oder schlechter, sondern schlicht unterschiedlich.

54 **GRÜNE Leitlinien für die ländlichen Räume in NRW**

55 Deshalb gelten – übergeordnet zu einzelnen Politikfeldern – Leitlinien GRÜNER Politik
56 für die ländlichen Räume, anhand derer die zahlreichen Herausforderungen und Einzel-
57 fragen eingeordnet werden können:

- 58 • Die Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaft einschließlich der Entwicklung re-
59 gionaler Wirtschaftskreisläufe bzw. der Unterstützung regionaler Wertschöpfungs-
60 ketten bis in die benachbarten Ballungsräume hinein, sowie die konsequente Umset-
61 zung der Energiewende und der Klimaschutzziele gehören zum Kern Grüner Wirt-
62 schaftspolitik für die Regionen NRW's.
- 63 • Land- und Waldwirtschaft prägen allein schon aufgrund ihres Flächenanteils die
64 ländlichen Räume. Die Beachtung natürlicher Kreisläufe bei der Landnutzung, bspw.
65 die Flächenbindung der Tierhaltung, sowie die Stärkung der Ökosystemleistungen
66 der Land- und Waldwirtschaft in NRW sind daher zentraler Bestandteil Grüner
67 Landnutzungspolitik.

- 68 • Den ländlichen Raum stärken heißt: Die Einheit von Leben und Arbeiten in der
69 Region muss ermöglicht werden. Die Versorgung mit Dingen und Dienstleistungen
70 des täglichen Lebens auf lokaler Ebene (Bildung, Gesundheit, Ernährung, schnelles
71 Internet, Dienstleistung, Handwerk, Mobilität usw.) muss sichergestellt sein.
- 72 • Wir wollen den Flächenverbrauch und die Zersiedelung nachhaltig reduzieren. Inner-
73 örtliche Verdichtung, Baulücken- und Brachflächenkataster sind wesentliche Voraus-
74 setzungen, den Flächenverbrauch entscheidend zu minimieren. Kommunen benöti-
75 gen Alternativen zum Wachstum, das bisher vor allem Neuausweisung von Gewerbe-
76 und Baugebieten bedeutet.
- 77 • Die ländlichen Räume beherbergen in wesentlichem Maß das Naturerbe von NRW.
78 Durch dauerhafte Flächensicherung schutzwürdiger Gebiete, eine die Habitatansprü-
79 che heimischer Tier- und Pflanzenarten berücksichtigende Land- und Waldwirtschaft
80 sowie die Stärkung von Biotopverbundsystemen wollen wir die Artenvielfalt erhal-
81 ten.
- 82 • Eine umweltverträgliche Mobilität und Infrastruktur nach den Bedürfnissen der
83 Menschen im ländlichen Raum erfordern neue Konzepte z.B. im zukunftsorientierten
84 ÖPNV oder in der öffentlichen Verwaltung.
- 85 • Gesellschaftliche Vielfalt ist auch im ländlichen Raum existent, wir brauchen aber
86 noch mehr Akzeptanz für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sexualität und Re-
87 ligiosität. Diese Vielfalt zu nutzen macht uns überall reicher und trägt zu einem
88 guten Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft bei.
- 89 • Wir wollen die vorhandenen förderpolitischen Instrumente und Methoden für re-
90 gional abgestimmte Entwicklungskonzepte im Sinne einer so genannten „gemein-
91 schaftlich bestimmten regionalen Entwicklung“ (community led local development
92 – CLLD) stärker als bisher nutzen. Damit kann sowohl bürgerschaftliches Engage-
93 ment in Initiativen, Vereinen und Verbänden gestärkt werden wie auch Kooperatio-
94 nen zwischen kommunalen Einrichtungen, Bürger*innen und Unternehmen.
- 95 • Interkommunale Kooperation wie die gemeinsame Nutzung von kommunalen Dienst-
96 leistungen, Ver- und Entsorgungsstrukturen sowie kulturellen Einrichtungen und
97 Sportstätten können Kommunen entlasten und trotzdem ein umfangreiches Ange-
98 bot für die Menschen im ländlichen Raum sichern.

99 **Ländliche Räume als umweltverträglicher Lebensraum**

100 Damit die ländlichen Räume umweltverträgliche Lebensräume sind und werden, braucht
101 es eine konsequente Politik für die Erhaltung unserer natürlicher Lebensgrundlagen. Die
102 intensive Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, der weiterhin kritische Zustand
103 der Gewässer und der fortschreitende Flächenverbrauch sind wesentliche, hausgemachte
104 Ursachen für das fortschreitenden Artensterben in NRW. Zur Zeit sind in NRW etwa 45
105 Prozent der beobachteten Tier- und Pflanzenarten gefährdet, vom Aussterben bedroht
106 oder bereits ausgestorben. Diesem drohenden, weiter fortschreitenden Verlust an Biodi-
107 versität muss mit einer Neuausrichtung der bisherigen Naturschutzpolitik entschieden

108 entgegengewirkt werden. Daher unterstützen wir zum Schutz unseres Naturerbes in NRW
109 die Erstellung einer langfristigen Biodiversitäts-Strategie zum Schutz der Artenvielfalt,
110 die angepasst ist an die verschiedenen Typen von Lebensräumen von wildlebenden Arten
111 und darüber hinaus alle wesentlichen Akteure vor allem im ländlichen Raum einbindet
112 und mit in Verantwortung nimmt.

113 Maßnahmen im ländlichen Raum zum langfristigen Schutz der Vegetation und zum Schutz
114 der Funktionsfähigkeit der Böden (z.B. durch Steigerung der Humusgehaltes) tragen dar-
115 über hinaus wesentlich zum Klimaschutz bei, da diese zentrale, wesentliche Speicher für
116 CO₂ darstellen. Eine dauerhafte Bodenfruchtbarkeit stellt die nachhaltige Versorgung mit
117 Nahrungsmitteln, Holz und Kulturpflanzen sicher.

118 Gerade in Bezug auf die Energiewende treten auch Nutzungskonflikte zwischen den ver-
119 schiedenen Anforderungen an die ländlichen Räume auf, z.B. kann die Erschließung eines
120 Windparks oder die Entwicklung in der Waldwirtschaft mit der Nutzung der entspre-
121 chenden Flächen für Umwelt- und Freizeit Zwecke konträr zu einander stehen. Hier gilt es
122 transparente Lösungswege zu finden unter Einbeziehung aller Akteur*innen vor Ort.

123 **Gesunder Wald – Gesunde Umwelt**

124 Die Wälder unseres Landes sind unser wertvolles Naturerbe, welches wir erhalten und
125 schützen müssen. Unsere Wälder sind Hotspots der biologischen Vielfalt (Biodiversität),
126 grüne Lungen zur Erholung und Freizeitgestaltung, wichtige Rohstofflieferanten und be-
127 deutliche Landschaftselemente gegen den Klimawandel.

128 Ziel der Waldpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW sind naturnahe Wälder, mul-
129 tifunktional und mit naturnaher Baumartenzusammensetzung. Wir wollen die natürliche
130 Vielfalt an Arten und Biotoptypen von Wäldern erhalten und dazu u.a. erreichen, dass in
131 Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie ein Netz von nicht bewirtschafteten Naturwäldern
132 und Naturwaldentwicklungsgebieten geschaffen wird.

133 Die Wälder in NRW sind für den Klimaschutz deshalb so wichtig, weil sie – neben den
134 Mooren und dem Grünland – in der Lage sind, den Kohlenstoff aus der Atmosphäre
135 über lange Zeiträume zu binden. Infolge des Klimawandels ist der Wald vor Sturm- und
136 Wildbruch, Trockenstress und Waldbrand zu schützen.

137 Nachhaltige Waldwirtschaft bedeutet nicht nur eine langfristige Sicherung der Waldfläche,
138 sondern auch einen Waldbau, der auf die Folgen des Klimawandels besser vorbereitet ist.
139 Deshalb muss eine naturnahe Waldentwicklung Vorrang haben. Das bedeutet u.a. einen
140 standortgerechten Waldumbau, eine Unterstützung der vielen kleinen und mittleren pri-
141 vaten und kommunalen Waldbesitzer hierbei und eine Anpassung des Jagdgesetzes an den
142 ökologischen Waldbau. Zur Sicherstellung der biologischen Vielfalt im Ökosystem Wald
143 sollen weitere Naturwaldparzellen auf zunächst 5% der Waldfläche ausgewiesen werden.
144 Außerdem setzen wir GRÜNE uns weiterhin für die Einrichtung eines Nationalparks in
145 OWL ein.

146 **Flächenverbrauch stoppen**

147 Der Flächenverbrauch, d.h. die andauernde Umwandlung von Agrar- und Naturflächen
148 für Verkehrs- und Siedlungsfläche ist eines der größten Probleme in vielen ländlichen Räu-
149 men. Landwirtschaftliche Nutzfläche geht verloren, Erholungs- und Lebensräume werden
150 zerstört und zerschnitten, der Wasserhaushalt gestört und Tieren und Pflanzen der Le-
151 bensraum entzogen sowie die Kulturlandschaft verändert.

152 Seit 1996 sind in NRW insgesamt 950 qkm Acker- und Weideflächen durch andere Flächen-
153 nutzung verloren gegangen. Ein "Weiter So" im Flächenverbrauch kann aus ökologischer
154 und auch aus ökonomischer Sicht nicht akzeptiert werden. Daher fordern wir GRÜNE,
155 den Flächenverbrauch in NRW von jetzt ca. 10 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 zu halbieren
156 und langfristig Netto-Null Flächenverbrauch zu erreichen.

157 Eine Neuversiegelung von Flächen kann dann nur durch Entsiegelung alter bebauter Flä-
158 chen kompensiert werden. Der weit verbreiteten Überzeugung, dass Wachstum vor allem
159 durch Ausweisung weiterer Siedlungs- und Gewerbeflächen zu generieren sei, wollen wir
160 Alternativen gegenüberstellen, z.B. durch alternative Modelle einer tragfähigen Finanzie-
161 rung der kommunalen Aufgaben.

162 Innenentwicklung muss stärker denn je vor Außenentwicklung gehen. Innerörtliches Flä-
163 chenrecycling muss vor Ansiedlung von Wohn- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese
164 gehen. Grundlage dafür ist ein Baulückenkataster, in das alle Grundstücke einer Gemein-
165 de eingetragen werden, die potentiell bebaut werden können oder in Zukunft verfügbar
166 sein werden und die Erfassung leer stehender Gebäude. Um diese Potenziale zu aktivieren,
167 sollte in das Baugesetzbuch eine Nachweispflicht fehlender Innenentwicklungspotenziale
168 aufgenommen werden, um der regelmäßigen Abwägung zu Ungunsten des FlächenSPA-
169 rens entgegenzuwirken. Bebauungspläne, durch die neue Flächen in Anspruch genommen
170 werden, dürfen nur aufgestellt werden, wenn das Vorhaben im Innenbereich nicht zu rea-
171 lisieren ist.

172 Einen weiteren Verlust an Flächen können wir uns angesichts des wachsenden Bedarfs an
173 regionalen Lebensmitteln und des zunehmenden Bedarfs an nachwachsenden Rohstoffen
174 nicht mehr leisten. Böden sind ein nicht vermehrbares Gut, der schonende Umgang ist
175 eine Verpflichtung gegenüber den nachkommenden Generationen. Wir müssen die Stadt-
176 zentren für das Wohnen attraktiver machen, unser Straßennetz modernisieren, statt es
177 auszubauen, und brachliegende Gewerbeflächen sanieren, damit sich Industrie und Ge-
178 werbe dort neu ansiedeln können.

179 **Ländliche Räume als sozial attraktiver Lebensraum**

180 Daseinsfürsorge, Arbeitsplätze, Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen – Es gibt eine
181 Reihe von Themen, die für Einwohner*innen ländlicher Räume von existenzieller Bedeu-
182 tung sind. Die unterschiedlich kulturell, sozial, wirtschaftlich und landschaftlich geprägten
183 Dörfer und Kleinstädte stehen vor der Frage, ihren einzigartigen Charakter zu erhalten
184 und den Menschen einen Grund zum Bleiben oder Hinziehen zu bieten. Große Entfer-
185 nungen zu Kitas, Schulen, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, zur gesundheit-
186 lichen Grundversorgung und kulturellen Einrichtungen sind zentrale Zukunftsfragen im

187 ländlichen Raum. Zur Lebensqualität gehören Freizeitmöglichkeiten und Orte des Zusam-
188 menkommens für Menschen unterschiedlichen Alters. Diese können einen Ort lebendig
189 erhalten, denn erst Kulturangebote, Sportvereine, touristische Events und Jungendtreffs
190 machen einen Ort liebens- und lebenswert.

191 Der im Grundgesetz verankerte gleichwertige Zugang aller Bundesbürger*innen zu Diens-
192 ten der öffentlichen Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung und Bildung muss gewähr-
193 leistet sein. Die Lebensqualität in den ländlichen Räumen und die Weiterentwicklung
194 wollen wir politisch unterstützen.

195 **Gutes Aufwachsen braucht Angebote und Freiräume**

196 Aufwachsen auf dem Lande bedeutet mehr natürlichen Platz, intensiveres Naturerleben,
197 aber auch weniger Abwechslung durch Freizeitangebote im Vergleich zum städtischen
198 Raum. Kinder und Jugendliche sollen sich in die Gestaltung ihrer Umgebung stärker
199 einbringen können. Sie können sich als Expert*innen in eigener Sache in Planungen ein-
200 bringen und so ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten. Dazu gehört es die Eigeninitiative
201 der Jugendlichen zu stärken. Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen für Jugendliche auch
202 in der kommunalen Politik institutionalisiert werden, z.B. in Form von Jugendforen, Ju-
203 gendräten oder Jugendsprecher*innen.

204 Auch auf dem Land müssen Möglichkeiten einer lebendigen Jugendkultur geschaffen
205 werden. Kulturangebote und Gelegenheiten zur künstlerischen Aktivität haben einen ent-
206 scheidenden Einfluss auf das Identitätsempfinden zum Heimatort und die Attraktivität
207 von Orten – insbesondere für Jugendliche. Künstlerische Arbeit benötigt allem voran Räu-
208 me und Freiräume, um sich entfalten zu können. Die Bereitstellung von Räumlichkeiten
209 ist ein wesentlicher Faktor zur Förderung des kreativen Potentials junger Menschen. Auch
210 Bands, bildende und darstellende Künstlerinnen und Künstler im Bereich Jugendkultur
211 und im semiprofessionellen Bereich könnten von diesem Konzept profitieren.

212 Damit junge Menschen sich wohl fühlen und sich entwickeln können, benötigen sie genü-
213 gend Rückzugsorte und Abwechslung im Freizeitbereich. Dazu gehören selbstverständlich
214 auch Diskotheken und Kneipen, deren Existenz wiederum durch attraktive lokale kultu-
215 relle Events gesichert werden kann. Das sportliche Angebot eines Ortes durch Vereine
216 spielt in den Kommunen eine große Rolle und wird mit viel Engagement von Ehrenamt-
217 lichen betrieben. Hier ist ein starkes Gemeinschaftsgefühl zu erleben und es zeigt sich,
218 dass gerade ländliche Vereine mit ihren Strukturen hierbei sehr erfolgreich sind. Vereine
219 erfüllen damit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die von uns GRÜNEN gewürdigt
220 und gefördert wird.

221 **Wohnortnahe Bildung**

222 Eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist wichtig für junge Familien. Sie wollen
223 die besten Bildungschancen für ihre Kinder und sie wollen Familienleben und Berufstät-
224 tigkeit miteinander verbinden können. Sie schätzen überschaubare Strukturen und einen
225 naturnahen Lebensraum. Deshalb setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Angebot an

226 Kindertageseinrichtungen ein. Eine Kleinkindbetreuung, die beiden Elternteilen Berufs-
227 tätigkeit ermöglicht, wird oft auch nachbarschaftlich oder innerfamiliär geregelt. Daher
228 sind integrierte, generationsübergreifende und arbeitsplatznahe Konzepte zur Kinderbe-
229 treuung von erheblicher Bedeutung.

230 Der demografische Wandel stellt gerade die Schulentwicklung im ländlichen Raum vor
231 neue Herausforderungen. Nur dort, wo es ein attraktives Schulangebot gibt, können Kom-
232 munen Familien vor Ort halten oder zum Zuzug bewegen. Gerade angesichts sinkender
233 Schülerzahlen muss die Schulentwicklungsplanung auf Dauer tragfähig sein – damit es
234 nicht heißt „Stirbt die Schule, stirbt das Dorf“.

235 Das Konzept der Kinderbildungshäuser ist hochattraktiv, um Kindertagesstätten und
236 Grundschulen vor Ort miteinander zu verzahnen und den Übergang von der KiTa zur
237 Grundschule ohne Brüche zu gestalten. Gerade bei den Kleinsten ist eine wohnortna-
238 he Beschulung wichtig. GRÜNE haben schon früh für ein Grundschulkonzept gestritten,
239 das sich nach dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ ausrichtet, daher haben wir die
240 schulgesetzlichen Möglichkeiten für den Erhalt kleiner Grundschulstandorte geschaffen,
241 z.B. durch bessere Möglichkeiten zur Teilstandortbildung oder jahrgangsübergreifendes
242 Lernen. Diese Veränderungen greifen: Schulen bleiben erhalten, die ansonsten hätten ge-
243 schlossen werden müssen.

244 Ein Festhalten am gegliederten Schulsystem gefährdet die Schulversorgung im ländlichen
245 Raum. GRÜNE sind schon seit langem vom pädagogischen Wert längeren gemeinsamen
246 Lernens überzeugt. Nun zeigt sich, dass es außerdem die einzig sinnvolle Lösung für den
247 Erhalt eines weiterführenden Schulangebots im ländlichen Raum ist. Die Landesregie-
248 rung hat daher die Gründung von Gesamtschulen – auch als Teilstandort – erleichtert
249 und als neue Schulform die Sekundarschule geschaffen. Mit der Sekundarschule kann ein
250 attraktives Schulangebot auch dort aufrechterhalten werden, wo die Schülerzahl für eine
251 Gesamtschule nicht ausreicht. Seither ist ein wahrer Gründungsboom von Sekundar- und
252 Gesamtschulen gerade im ländlichen Raum zu beobachten. Statt mehrerer Schulen des
253 gegliederten Schulsystems, die einzeln jedes Jahr um ihre Existenz bangen, sichert die
254 Sekundar- oder Gesamtschule die Bildungsperspektive auf Dauer. 155 Schulen längeren
255 gemeinsamen Lernens sind seit 2010 gegründet worden.

256 Der Schulkonsens wirkt und hat eine große Dynamik in der Schulentwicklung ausgelöst.
257 Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen verstetigen und bestärken. Die zurückgehen-
258 den Schülerzahlen erhöhen gerade im ländlichen Raum die Konkurrenzsituation zwischen
259 Kommunen um die Schülerinnen und Schüler. Wohnortnahe Schulangebote können zuneh-
260 mend nur noch gesichert werden, wenn die Kommunen eng zusammenarbeiten, gemeinsam
261 getragene Schulen anbieten und im Idealfall ihre Schulentwicklung gemeinsam planen.
262 Wir werden daher prüfen, wie regionale Schulentwicklungsplanung wirksamer rechtlich
263 verankert und welche Anreize für eine interkommunale Zusammenarbeit beim Ausbau
264 der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens geschaffen werden können. Auch die Fra-
265 ge nach schulformunabhängigen Oberstufenzentren wollen wir für den ländlichen Raum
266 angehen, um weiterhin möglichst wohnortnah auch das Abitur anbieten zu können.

Vielfältige Lebensentwürfe und Zusammenleben ermöglichen und unterstützen

Landleben kann für die einen Freiheit, für andere wiederum Enge bedeuten. Es kann heißen, dass man eine Heimat gefunden hat. Oder aber auch, dass man in einer gebeutelten Kommune mit der Frage konfrontiert wird, ob es dort noch eine Zukunft gibt. Vielfalt spielt für uns GRÜNE auch in den ländlichen Räumen eine große Rolle.

Frauen haben sich eine Position erkämpft, die kaum mit der von vor einigen Jahrzehnten vergleichbar ist. Wenn es aber um Entscheidungspositionen geht, sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Der Gender-Pay-Gap ist in ländlichen Räumen noch ausgeprägter als in der Stadt und die kommunale Politik ist nach wie vor eher männlich dominiert.

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* werden langsam auch auf dem Land sichtbarer. Heute müssen Menschen ein Dorf nach einem Coming-Out nicht mehr unbedingt fluchtartig verlassen. Dennoch bleibt noch einiges zu tun, denn trotz aller positiven Entwicklung ist z.B. eine offen gelebte Homosexualität auch auf dem Land noch immer nicht unbedingt selbstverständlich. Homophobe Ressentiments sind vielerorts noch zu salonfähig, um sie zu ignorieren. Die Möglichkeiten die eigene Sexualität und Identität zu leben sind begrenzt, denn neben der Dorfkneipe gibt es oft kaum entsprechende Treffpunkte.

Wir GRÜNE stehen für eine moderne und freie Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt leben und lieben können. Das gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund, die vielerorts noch immer als "Exotinnen und Exoten" beäugt werden. Seit Jahrzehnten leben und arbeiten Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung in ländlichen Regionen. Viele Menschen und Familien sind fest in ihren Städten und Gemeinden verwurzelt und wollen die Entwicklung des ländlichen Lebensraums jetzt und für die kommenden Generationen mitgestalten. Um Isolation und Ausgrenzung entgegenzuwirken, brauchen wir eine aktive Willkommenskultur, Partizipationsmöglichkeiten und Räume der Begegnung. Gesellschaftliche Vielfalt ist für uns kein urbanes Privileg, denn sie macht uns überall reicher und trägt zu einem guten Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft bei.

Bürgerschaftliches Engagement schafft attraktive Orte

Ein Großteil des kulturellen, sozialen und sportlichen Lebens in den ländlichen Räumen wäre ohne aktive Bürger*innen und Vereine nicht möglich. Besonders die Gemeinschaft in den ländlichen Orten kann zur Lösung von Problemen des ländlichen Raumes grundlegend beitragen, z.B. können ehrenamtlich geführte Strukturen Versorgungslücken in ländlichen Räumen schließen. Hier gilt es, bürokratische und rechtliche Hürden abzubauen. Mit kleinen Genossenschaften als Rechtsform und einer flexiblen Genehmigungspraxis des Landes können z.B. bestehende Dorfläden erhalten und neue leichter eröffnet werden. Das wichtigste Potenzial des ländlichen Raumes sind aktive Menschen. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist fähig, gesellschaftliche Veränderungen und Umbrüche aufzunehmen und sie zu ihrem Wohl zu gestalten.

306 Dafür brauchen wir gerade in ländlichen Regionen neue Beteiligungsverfahren. Die Aus-
307 arbeitung von Dorfentwicklungsplänen oder die Gründung von Dorfentwicklungsvereinen
308 ermöglichen neue Beteiligungschancen, indem sie die Bürger*innen in die kommunale Ge-
309 staltung mit einbeziehen. Flache Strukturen vor Ort erleichtern freiwilliges Engagement.
310 Menschen engagieren sich in verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlichen Motiven,
311 zeitlich ungebunden oder dauerhaft. Wichtig ist, dass die Freiwilligkeit im Vordergrund
312 steht und die Strukturen offen bleiben. Staatliches Handeln muss hier die Vielfalt und Un-
313 abhängigigkeit bürgerschaftlichen Engagements unterstützen. Beteiligung und Engagement
314 für das Gemeinwesen braucht gute Rahmenbedingungen. Fortbildungsangebote, Absiche-
315 rung der mit ehrenamtlichen Tätigkeiten verbundenen Risiken und verlässliche Strukturen
316 stärken das ehrenamtliche Engagement. Koordinator*innen und Ehrenamtsbörsen können
317 Hilfe leistende und Hilfe suchende Menschen vernetzen.

318 Attraktive Ortskerne bedeuten für uns ein lebendiges Zusammenkommen von Menschen,
319 die neben der Nutzung der Angebote zur Grundversorgung auch Bildung, Kultur und
320 Freizeit im Innenstadtbereich erleben können. Dazu gehört für uns eine moderne Aus-
321 stattung der Büchereien und auch Fortbildungseinrichtungen wie die VHS. Gastronomie,
322 Cafés, Jungentreffs, Kneipen, Discotheken und Mehrzweckräume, welche für Theater,
323 Filmvorstellungen oder auch Sport genutzt werden, halten einen Ort lebendig.

324 **Gesund leben und alt werden auf dem Land – den demografischen** 325 **Wandel gestalten**

326 Der demografische Wandel kann in ländlichen Gebieten dramatisch verlaufen. Leerstand
327 von Häusern mit entsprechendem Werteverlusten, sich zurückziehender Einzelhandel und
328 Dienstleistungen schneiden vor allem ältere Menschen von der Teilhabe am gesellschaftli-
329 chen Leben ab. Abbau von Gesundheits- und Einzelhandelsstrukturen benachteiligen vor
330 allem immobilere Menschen und senken die Lebensqualität einer Region. Die Erreichbar-
331 keit von Läden, Ärzt*innen und Ämtern können aber durch unterschiedliche Konzepte
332 gewährleistet werden.

333 Die meisten Versorgungseinrichtungen wurden an den Rand der Dörfer und Kleinstädte
334 ausgelagert und sind zu Fuß nicht erreichbar. Hier müssen Gegenmaßnahmen ergriffen
335 werden, um das Leben zurück in die Innenbereiche der Ortschaften zu holen. Mobile Läden
336 und Dienstleistungen können lebensnotwendige Bedürfnisse unkompliziert abdecken.
337 Bürgerbusse, dezentrale Gesundheitszentren, oder kleine kommunale Dienstleistungs- und
338 Verwaltungsaußenstellen können Lösungsmöglichkeiten für die Sicherstellung der Grund-
339 versorgung sein. Erforderlich ist eine sozial nachhaltige Quartiersentwicklung, die alle
340 verantwortlichen Akteur*innen vor Ort einbezieht. Nur durch eine ganzheitliche Betrachtung
341 wird es gelingen, die erforderlichen Strukturen zu sichern. Mit dem „Masterplan
342 altengerechte Quartiere.NRW“ hat die Landesregierung bereits ein Unterstützungsange-
343 bot etabliert, das durch die Kommunen im ländlichen Raum in Anspruch genommen
344 werden kann.

345 Erfolgreiche Beispiele für die Entwicklung von ländlichen Regionen sind Modellprojekte
346 wie „Region schafft Zukunft“ oder Europäische Hilfs- und Vernetzungsangebote wie die
347 DORFBEWEGUNG. Wir fordern weitere Starthilfen in Form von Fördermitteln über

348 den Europäischen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) oder den Euro-
349 päischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

350 Dem aus der demografischen Entwicklung resultierenden Wettbewerb um die qualifizierten
351 Menschen müssen sich auch die Pflege und das Gesundheitswesen stellen. Schon heute
352 gibt es in einigen ballungsraumfernen Kommunen einen Mangel an Hausärztinnen und
353 -ärzten. Auch die Facharztversorgung und die Versorgung mit Pflegepersonal wird noch
354 schwieriger werden. Dabei ist klar: Mit den aktuellen Strukturen werden wir die Bedarfe
355 vor Ort vor allem im ländlichen Raum nicht abdecken können. Wir wollen, dass Haus-
356 wie Fachärztinnen und -ärzte gut für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen sind. Wir
357 müssen neue Wege gehen, die von Region zu Region unterschiedlich sein können. Zum
358 Beispiel sind Modelle denkbar, in denen Kommunen Praxisräume für unterschiedliche
359 Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung stellen, in denen die medizinische Versorgung mobil
360 zu den Menschen kommt und in denen die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer
361 Versorgung fließend sind.

362 Die Rahmenbedingungen, sich im ländlichen Raum niederzulassen, müssen ebenfalls ver-
363 bessert werden. Unsere Ärztinnen und Ärzte brauchen die Möglichkeit neuer Arbeitszeit-
364 und Kooperationsformen, neue Niederlassungsmodelle mit flexibleren Sitzen, vermehrte
365 Anstellungsverhältnisse, risikoreduzierte Investitionsmodelle, Notdienste mit langen An-
366 fahrtswegen, die nicht zu Lasten der Patient*innen und Arzt*innen abgerechnet werden,
367 sowie eine Entlastung von Verwaltungs- und Bürotätigkeiten.

368 In der Krankenhausversorgung müssen wir erreichen, dass die Häuser auf den zuneh-
369 menden Wunsch der Menschen nach ambulanter Versorgung reagieren und Schwerpunkte
370 bilden. Nicht jedes Krankenhaus muss alles können, aber für jede Patientin und jeden
371 Patienten muss ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe sein. Gerade Modelle mit Por-
372 talkliniken, die im Verbund mit unterschiedlichen Kliniken alle medizinischen Bedarfe
373 abdecken, können ein elementarer Ansatz sein.

374 Die Entlassung aus dem Krankenhaus muss im ländlichen Raum noch besser geplant
375 und organisiert werden als im städtischen Gebiet, in dem das ambulante Pflege- und
376 Betreuungsangebot um ein vielfaches höher ist. Die Menschen werden aber bei guter
377 pflegerischer Versorgung nur dann zu Hause alt werden können, wenn sie in allen Bereichen
378 die dafür notwendige Unterstützung finden, vom Einkauf über Dienstleistungsangebote
379 bis zum Verkehrsangebot.

380 Die Lebensqualität im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit hängt ganz entscheidend davon
381 ab, ob Menschen ihre Umgebung auch nutzen und am gesellschaftlichen Leben weiter teil-
382 nehmen können. Eine aktive Mitwirkung von Seniorenverbänden und -vertretungen bei
383 Entscheidungsprozessen ist genauso wie die verbindliche Einbindung einer/eines Senio-
384 renbeauftragten Voraussetzung, um die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der
385 Älteren in der kommunalen Planung hinreichend zu berücksichtigen.

386 Die Zukunft der Versorgung älterer Menschen liegt dabei auch in Gruppen im Ort, die sich
387 gegenseitig helfen und sich ehrenamtliche und professionelle Hilfe dazu nehmen. Sozial-
388 und Gesundheitsgenossenschaften sind dafür zukunftssträchtige Modelle. Gerade in länd-
389 lichen Regionen sollten sich die Kommunen und Kreise im Rahmen ihrer Daseinsfürsorge
390 stärker in der Gestaltung, Planung und Steuerung von Altenhilfe und Pflege einbringen.
391 Quartiersentwicklung und Sozialplanung als langfristig angelegte Prozesse entwickeln und

392 koordinieren vorausschauend integrierte soziale Unterstützungssysteme. Politik, Verwal-
393 tung, freie Träger und engagierte Bürger*innen sollten diese Instrumente offensiv nutzen,
394 um lokale Netzwerke anzustoßen und umzusetzen.

395 **Ländliche Räume als Einheit von Arbeit und Leben**

396 **Regional Wirtschaften**

397 Es gibt deutliche Unterschiede bei den Wirtschaftsstrukturen in den ländlichen Räumen.
398 Für alle jedoch gilt das Problem der Entfernung zum überregionalen Verkehrsnetz, zu
399 Bildungs- und Forschungseinrichtungen, zu den zentralen Verwaltungseinrichtungen etc.
400 Um nicht abgehängt zu sein, ist vordringlichste Aufgabe die Anbindung an ein leistungs-
401 fähiges Telekommunikationsnetz. In Breitbandversorgung oder auch in extrem entlegenen
402 Gebieten in LTE (bei freier Anbieterwahl) muss mit Nachdruck investiert werden.

403 Für uns GRÜNE ist es eine planlose und zukunftsvergessene Politik, das Heil der re-
404 gionalen Wirtschaft in der weiteren Ausbeutung von Bodenschätzen unter Zerstörung
405 wertvoller Naturräume zu setzen, wie z.B. bei der Kies- oder Kalksteinindustrie. Es ist
406 ebenso planlos, lediglich die vorhandene Fläche in die Waagschale der Standortkonkur-
407 renz zu werfen und dann riesige Logistikzentren mit enormer Flächenversiegelung und
408 nachfolgenden Straßenbaumaßnahmen zu forcieren. Wir GRÜNE setzen auf das Prinzip,
409 die ökologisch sinnvollen Stärken zu stärken.

410 Der ländliche Raum ist Stützpfeiler der Energiewende. Er kann dabei mehr als nur Ener-
411 gelieferant und -speicher für die städtischen Räume sein. Vielmehr liegen große Chancen
412 darin, die Dörfer und Kleinstädte als autarke Energieregionen zu gestalten. Die Anbin-
413 dung der Gebäude an ein Nahwärmenetz, bis hin zum inselfähigen Stromnetz kann eine
414 Vielzahl von handwerklichen Dienstleistungsbetrieben stabil vor Ort erhalten. Der Wan-
415 del auf dem Land durch alternative Energiegewinnung hat Chancen, aber auch Risiken.
416 Gerade deshalb müssen gerade wir GRÜNE die Bedenken der Menschen ernst nehmen, die
417 das Gefühl haben, dass ihr persönliches Lebensumfeld durch eine Windkraftanlage oder
418 eine neue Stromtrasse beeinträchtigt wird. Die Energiewende kann nur mit den Menschen
419 gelingen und erfordert einen intensiveren Dialog in der gesamten Gesellschaft. Neben dem
420 erfreulichen Ausbau von Wind und Solarenergie, sehen wir die Entwicklung der Energie-
421 erzeugung durch Biomasse mit großer Sorge. Die Vermaisung ganzer Landstriche und der
422 rasante Anstieg der Pachtpreise müssen reduziert werden, denn sie gefährden auf Dauer
423 den ländlichen Raum.

424 **Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft**

425 Die Forst- und Holzwirtschaft ist hierzulande ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Rund 18.000
426 Unternehmen der Forstwirtschaft, des Holzhandwerks und der Säge- und Möbelindustrie
427 erwirtschaften einen Jahresumsatz von rund 40 Mrd. Euro. Die Beschäftigtenzahl liegt
428 bei 180.000. Unser Ziel ist die nachhaltige, naturnahe und kahlschlagfreie Bewirtschaftung
429 von Wäldern, damit die Wälder als Kohlendioxidspeicher erhalten und entwickelt

430 werden. Wir wollen, dass der begrenzte Rohstoff Holz so nachhaltig und naturverträglich
431 wie möglich und ohne Abbau der Holzvorräte bereitgestellt wird. Die Sicherung der Wald-
432 standorte bedeutet auch ein großes Potenzial für die Energiewende. Dieses wird auf bis
433 zu 2.000 Windenergieanlagen eingeschätzt. Alleine im landeseigenen Wald könnten 260
434 solcher Anlagen entstehen.

435 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW bekennen sich dazu, dass die Nutzung des Rohstoffes
436 Holz sinnvoll und notwendig ist. Dabei wird die Bedeutung des Waldes als Lieferant
437 des für die Menschheit unverzichtbaren nachwachsenden Rohstoffs Holz angesichts der
438 Endlichkeit der fossilen Rohstoffe im Rahmen des ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft
439 zukünftig noch steigen. Dies gilt insbesondere für Holz als Bau- und Werkstoff und als
440 Grundstoff für die Chemieindustrie, da es in diesen Bereich im Gegensatz zur energetischen
441 Nutzung nur wenige erneuerbare Alternativen zu Erdöl, Erdgas und Kohle gibt.

442 Aber auch der Rohstoff Holz steht auf Grund seiner Flächengebundenheit nur in be-
443 grenztem Maße zur Verfügung. Es ist davon auszugehen, dass die europäische Holzlücke
444 zunehmend durch den Import von Holz und Holzprodukten gedeckt wird. Bei vermehrten
445 Importen von Holz und von Holzprodukten geht nicht nur regionale Wertschöpfung verlo-
446 ren, sondern es besteht auch die Gefahr, dass der Raubbau am Wald in die Holzexportlän-
447 der verlagert wird. Deshalb brauchen wir eine Wald- und Holzpolitik, die ökologische und
448 ökonomische Ansprüche integriert. Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zum spar-
449 samen und verantwortungsvollen Umgang mit dem Rohstoff Holz. Holz sollte vorrangig
450 stofflich und bevorzugt in langlebigen Produkten genutzt werden (Kaskadennutzung).

451 **Naherholung und Tourismus**

452 Dem ländlichen Raum kommt beim Tourismus eine besondere Rolle zu. Er dient mit sei-
453 nen attraktiven Landschaften sowohl als Naherholungsgebiet für die Stadtbevölkerung, als
454 auch zunehmend in einigen Gebieten (Eifel, Bergisches Land, Sauerland) eine echte Alter-
455 native zu herkömmlichen Urlaubszielen. Hier setzen wir uns ein für eine Konzentration der
456 Fördermittel auf den Ausbau und die Instandsetzung von Wander- und Radwegen, sowie
457 auf eine Förderung zur Entwicklung intelligenter Tourismuskonzepte. Dazu gehört z.B.
458 eine Weiterentwicklung des Radnetzes analog dem niederländischen Knotenpunkt-Model
459 mit einfachsten Wegeführungen. Durch einen gezielten Ausbau eines sanften Tourismus in
460 interkommunaler Zusammenarbeit, mit attraktiven Angeboten, erhält der ländliche Raum
461 eine zusätzliche Wertschöpfung und sichert Arbeitsplätze in den Regionen.

462 **Landwirtschaft, die *wir* meinen: Regional, ökologisch und artgerecht!**

463 Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat eine wichtige wirtschaftliche, ökologische
464 und soziale Bedeutung. GRÜNE Agrarpolitik bedeutet, für die etwa 34 000 landwirt-
465 schaftlichen Betriebe in NRW im Neben- und Haupterwerb nachhaltige wirtschaftliche
466 Perspektiven zu entwickeln. Das geht nur, indem auf die wachsenden Herausforderun-
467 gen besonders des Tierschutzes, des Umwelt-, Klima- und Wasserschutzes überzeugende
468 Antworten in der Praxis gefunden und umgesetzt werden.

469 Ziel grüner Agrarpolitik ist eine nachhaltige, bäuerliche, ökologische, tiergerechte und
470 gentechnikfreie Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter länd-
471 licher Räume beiträgt. Wir GRÜNE treten dem Prinzip des „Wachsen oder Weichen“ in
472 den landwirtschaftlichen Strukturen entgegen und tragen mit unserer Agrarpolitik dazu
473 bei, dass auch kleine Betriebe tragfähige Zukunftsperspektiven entwickeln können. Im
474 Vordergrund steht die Qualität der Arbeit für die gesamte Gesellschaft gegenüber der
475 kapitalintensiven, durchrationalisierten Wachstumslandwirtschaft.

476 Zukunftsperspektiven innerhalb der Landwirtschaft sind vielfältig. Gerade in den
477 nordrhein-westfälischen Regionen mit traditionell starker Tierhaltung entscheiden über-
478 zeugende tiergerechte Haltungsverfahren darüber, ob die Betriebe hier eine Zukunft am
479 Markt und Akzeptanz in der Nachbarschaft erhalten. Der dafür notwendige Umbau der
480 Tierhaltung erfordert große Kraftanstrengungen und auch Investitionen. Aber das wird
481 sich auszahlen – für die Betriebe, für die Tiere, für die Umwelt, das Handwerk und den
482 Zusammenhalt in den Dörfern. Außerdem bestehen für etliche Betriebe Chancen in Ein-
483 kommenskombinationen, in Umwelt- und Naturschutzleistungen, bei der Erzeugung von
484 Produkten mit höherer Wertschöpfung, bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien
485 oder im Aufbau alternativer Vermarktungswege für Milch, Fleisch, Getreide, Obst und
486 Gemüse. Beachtliche Wertschöpfungspotenziale sehen wir insbesondere in der Versorgung
487 mit ökologischen Produkten aus der Region.

488 Die EU-Agrarpolitik (GAP) muss sich am Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Gü-
489 ter“ orientieren. Wir GRÜNE machen die GAP durch die Förderung einer kleinteiligeren,
490 vielfältigeren und ökologischeren Landwirtschaft und den Abbau von Subventionen für
491 Massentierhaltung und Agrarindustrie grüner. Es müssen die öffentlichen Leistungen und
492 Güter sein, die durch die Landwirtschaft bereitgestellt werden, für die es öffentliche Gelder
493 gibt. Das „Greening“ darf nicht zum Greenwashing verkümmern, sondern muss tatsächlich
494 zu mehr Ökologie im Ackerbau und zum Erhalt des Grünlands mit seinem besonderen Bei-
495 trag für den Klimaschutz werden. Zudem bietet NRW spezifische Förderangebote an für
496 Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, für die Stärkung von artgerechter Tierhal-
497 tung und des ökologischen Landbaus sowie für den Erhalt von Betrieben in benachteiligten
498 Gebieten.

499 Boden, Pflanzen und Tiere sind an ihre Leistungsgrenzen gestoßen. In der Tierhaltung
500 führt dies auch zu einem viel zu hohen Arzneimittelverbrauch. Das ist nur zu ändern,
501 indem wir die Haltungsbedingungen an die Bedürfnisse der Tiere anpassen – nicht mehr
502 umgekehrt! Wir GRÜNE fordern die Ausrichtung der Investitionsförderung auf kleinere
503 und mittlere Betriebe sowie auf tiergerechte Haltungsverfahren; Tierschutzmaßnahmen
504 im Rahmen des NRW-Programms ländlicher Raum; die Förderung von Erzeugergemein-
505 schaften und der Entwicklung von Vermarktungskonzepten.

506 Aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen neu gestaltet werden: bei Medikamen-
507 teneinsatz, bei Umweltfragen, bei Düngung und bei Grundwasserschutz. Die Tierhaltung
508 muss in Einklang mit der Gesellschaft, mit den Wertvorstellungen der Verbraucherinnen
509 und Verbraucher gebracht werden. Die weiter steigende Nachfrage nach ökologischen Pro-
510 dukten spricht für sich. Immer mehr Menschen verzichten auf Fleisch und zum Teil ganz
511 auf tierische Produkte.

512 Für einen regionalen Wirtschaftskreislauf benötigen wir aber auch die regionale Verar-
513 beitung und Vermarktung. Die Akzeptanz für Regionalprodukte steigt angesichts der
514 globalen Verflechtungen und Folgen industrieller Landwirtschaft. Um konkurrenzfähig zu
515 bleiben, müssen diese Strukturen unterstützt werden, damit Lebensmittel mit regionaler
516 Herkunft und Charakteristik im Handel in den Stadtregionen ihren Platz finden. Das gilt
517 sowohl für in Erzeugerzusammenschlüssen organisierte Betriebe als auch für einzelne, die
518 sich der regionalen Erzeugung verpflichten.

519 Landwirtschaft wie auch erneuerbare Energie ist für uns immer dezentral. Eine auf Er-
520 oberung des Weltmarktes ausgerichtete Agrarwirtschaft verschärft die Probleme hier wie
521 auch in den Zielländern unserer Exporte. Eine andere Agrarpolitik ist notwendig und
522 möglich.

523 **Mobilität auf dem Land gewährleisten**

524 Die ländlichen Räume stehen vor besonderen Herausforderungen, wenn es darum geht,
525 Mobilität zu sichern und weiter zu entwickeln. Dabei ist Mobilität ein wesentlicher Stand-
526 ortfaktor, um ländliche Räume als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv zu halten. Mit
527 dem fortschreitenden demographischen Wandel und teilweise weiteren Abwanderungen
528 in urbane Zentren wird es in einigen Gebieten aber immer schwieriger, die Verkehrs-
529 infrastruktur und –angebote ökonomisch verantwortungsvoll aufrecht zu erhalten. Diese
530 Problemlage erfordert neue Ansätze und kreative Lösungen.

531 Das Rückgrat des Verkehrsnetzes in ländlichen Räumen muss das Schienennetz sein. Des-
532 halb setzen wir uns für Reaktivierungen von Schienenstrecken sowie den Ausbau bestehen-
533 der Verbindungen ein. Dafür ist es dringend notwendig, dass die Regionalisierungsmittel
534 des Bundes fortgeschrieben und erhöht werden. Für Orte ohne Schienenanbindung wollen
535 wir gemäß den Ergebnissen der ÖPNV-Zukunftskommission die Einrichtung von landes-
536 seitig finanzierten schnellen Regionalbuslinien zu zentralen Orten ermöglichen. Bahnhal-
537 tepunkte und zentrale Bushaltestellen sollen zu Mobilitätsstationen ausgebaut werden,
538 wo eine Vernetzung mit allen anderen Verkehrsträgern möglich ist. Dazu gehören An-
539 gebote wie Park & Ride, Bike & Ride, CarSharing, Anbindung an Buslinien und eine
540 passende Infrastruktur für E-Mobilität, deren Vernetzung durchs Internet und einfache
541 Vertriebskanäle erleichtert werden.

542 Für viele kleine Orte wird es zur Herausforderung, eine Basismobilität für alle diejenigen
543 sicherzustellen, die individuelle Mobilität, aus welchen Gründen auch immer, nicht nut-
544 zen können. Hier gilt es mit einem abgestuften Bedienungssystem aus Rufbussen, Anruf-
545 Sammel-Taxen und Bürgerbussen eine Basismobilität herzustellen. Dabei gilt es, diese
546 neuen Angebote optimal in das System des ÖPNV einzubinden. So kann eine Balance ge-
547 schaffen werden zwischen einer Stärkung der größeren Ortschaften in ländlichen Räumen
548 und einer akzeptablen Grundversorgung in kleineren Orten.

549 Der angestrebte effiziente Mitteleinsatz findet sich auch im Radverkehr wieder. Aufgrund
550 der Topographie einiger ländlicher Räume ist dort der Radverkehr und damit das Ange-
551 bot für Radfahrer*innen lange erst stiefmütterlich behandelt worden. Die Innovationen
552 der letzten Jahre rund um E-Bikes und Pedelecs haben den Trend nicht nur in den Städ-
553 ten umgekehrt. Insbesondere im touristischen Bereich entwickelt sich dieser Sektor rasant.

554 Solche Angebote des Radtourismus wollen wir ausbauen. Dabei wollen wir die radtou-
555 ristische Infrastruktur mit einem Nutzen für die Alltagsmobilität der Bewohner*innen
556 verknüpfen und mit Blick auf die Förderprogramme Synergieeffekte ermöglichen.

557 Selbstverständlich wollen wir auch das „klassische“ Radwegenetz an Bundes-, Landes-
558 und Kommunalstraßen ausbauen. Wir wissen dabei um die sehr knappen Mittel in den
559 öffentlichen Haushalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass alternative Konzepte wie
560 Bürgerradwege oder Schutzstreifen außerorts weiter vorangetrieben werden.

561 Ein effizienter Mitteleinsatz muss gerade auch für den Bereich Straße gelten: Zu lange
562 hat sich die öffentliche Hand darauf konzentriert, immer neue Straßen und Ortsumge-
563 hungen zu planen. Nun wird deutlich: In Zeiten knapper Kassen reichen die Mittel nicht
564 für einen immer weiteren Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur, er wäre auch ökolo-
565 gisch unverantwortlich. Für uns GRÜNE gilt die Devise: Erhalt vor Neubau. Wir legen
566 aus ökologischen und finanziellen Gründen einen klaren Schwerpunkt auf den Erhalt des
567 bestehenden Straßennetzes, Ausbau von Engpässen und neue Straßen, z.B. Ortsumgehun-
568 gen, nur dort, wo es die Verkehrslage dringend erforderlich macht.

569 **Stadt und Land – Hand in Hand**

570 Den ländlichen Räumen kommt bei der Stärkung NRW's als modernem, attraktiven Bun-
571 desland eine besondere Bedeutung zu. Wir benötigen einen Schulterschluss zwischen Stadt
572 und Land, von dem alle profitieren. Die ländlichen Räume verfügen über einen Schatz an
573 Natur, räumlicher Weite und Ruhe, der einen hohen Erholungswert ermöglicht. Wälder,
574 Äcker, Wiesen und Weiden sind Teil des Lebens der Menschen auf dem Land.

575 Die ländlichen Räume sind auch Naherholungsgebiete für die Stadtbevölkerung. Sie sind
576 regionaler Lieferant hochwertiger Nahrungsmittel in einer zunehmend globalisierten Welt.
577 Während Städter*innen bisweilen die ländliche Idylle suchen, nutzen Menschen vom Land
578 die Stadt als Erlebnisraum. Ob Theater oder Fußballstadion – ohne Städte fehlt dem
579 ländlichen Raum etwas. Und ohne den ländlichen Raum verliert auch die Stadt etwas
580 Wesentliches: nämlich den Bezug zu Natur und natürlichen Lebensgrundlagen.

581 Stadt und Land bieten den Menschen unterschiedliche Lebensstile an. Während gerade
582 junge Menschen vom 'Abenteuer Großstadt' angezogen werden und insbesondere zum
583 Studieren ihre Heimat verlassen, ist das Land dagegen für andere Lebensabschnitte at-
584 traktiv. Junge Familien ziehen häufig in das Umland der Städte, weil hier ausreichend
585 großer Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht. Und gerade für Kinder
586 bieten ländliche Gebiete ausreichend Platz, um sich auszutoben.

587 Das gesellschaftliche Leben in ländlichen Räumen wird noch immer in hohem Maße von
588 starken Nachbarschafts- und Vereinsstrukturen getragen. Ohne dieses Engagement wäre
589 das Leben auf dem Land ärmer, allerdings können diese teilweise starren Strukturen auch
590 einengen und dazu führen, dass Menschen vom Land in die Stadt fliehen. Der ländliche
591 Raum wird für die Ballungsgebiete ökologischer Energielieferant und -speicher sein und
592 sich in Zukunft überwiegend autark selbst versorgen können. Er ist aus der beschlossenen
593 Energiewende nicht wegzudenken. Der ländliche Raum ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

594 in NRW. Viele Industrieunternehmen, Handwerker*innen, Dienstleister*innen und Land-
595 wirt*innen erzeugen hier eine hohe Wertschöpfung. Damit verbunden sind hochwertige
596 Arbeitsplätze.

597 Wenn Stadt und Land in so hohem Maße voneinander profitieren können und sich ge-
598 genseitig ergänzen und brauchen, dann ist vor allem die Vernetzung zwischen beidem
599 ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung ländlicher Räume. Dabei geht
600 es nicht mehr um die Autobahn bis in das letzte Dorf, sondern es geht um alternative
601 Mobilität und Anbindung an die Zukunft. Der intensive Austausch zwischen Stadt und
602 Land ermöglicht die Teilhabe aller Menschen an den Vorzügen der beiden Lebensräume
603 und gibt ihnen Perspektiven für die Zukunft.

AntragstellerInnen

Landesvorstand

LAG Wald, Landwirtschaft & Ländlicher Raum

Horst Becker MdL (KV Rhein-Sieg)

Norwich Rübe MdL (KV Steinfurt)

Dagmar Hanses MdL (KV Soest)

Arndt Klocke MdL (KV Köln)

Friedrich Ostendorff MdB (KV Coesfeld)